

**öffentlich**

Sachbearbeiter: Thomas Vogl

Datum: 05.09.2023

Aktenzeichen: 613.24

TOP: 94

## Beschlussvorlage Nr. 58/2023

**Betreff:** Teilfortschreibung des Regionalplans der Region Heilbronn-Franken - Solar- und Windenergie - Informationen des Regionalverbandes

**Produkt:**

**Haushaltsjahr:**

**Mittel vorhanden?**

**Betrag:**

☐ ja

☐ nein

**Deckungsvorschlag:**

**Fachbereich:**

**bisher behandelt:**

☐ überplanmäßig

☒ Bürgermeister

☐ außerplanmäßig

☐ Hauptamt

☐ Kämmerei

### Sachverhalt:

Wegen der Komplexität der Materie sind nachfolgende Texte der Webseite des Regionalverbandes Heilbronn-Franken im Wortlaut entnommen:

## I. Windenergie

### Übergeordnete Zielvorgaben

Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat laut Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes in Verbindung mit dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz des Landes Baden-Württemberg die Aufgabe, bis zum Jahr 2025 1,8 % der Regionsfläche für den Ausbau von Windenergie im Regionalplan als Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen auszuweisen. Konkret bedeutet dies, dass auf den Gebieten des Stadtkreises Heilbronn und der Landkreise Heilbronn, Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall und Main-Tauber insgesamt ca. 8.577 Hektar für den Ausbau von Windenergieanlagen durch den Regionalverband festgelegt werden müssen. Laut den gesetzlichen Vorgaben des Landes muss die Ausweisung der Vorranggebiete bis zum 30.09.2025 abgeschlossen sein. Gelingt diese Ausweisung, sind Windkraftanlagen nur in den ausgewiesenen Vorranggebieten zulässig, die allerdings auf kommunaler Ebene durch Flächenausweisungen (z.B. durch Sonderbauflächen für

Windenergie) ergänzt werden können. Gelingt dies nicht, findet keine planerische Steuerung mehr statt. Windkraftanlagen sind dann gemäß § 249 (7) BauGB spätestens ab dem 31.12.2027 in der gesamten Region auf Grundlage von § 35 (1) Nr. 5 BauGB als privilegierte Anlagen zulässig. Ab diesem Datum treten auch alle geltenden Flächennutzungspläne zur Steuerung der Windkraft außer Kraft. Natürlich würden in dem Fall dennoch die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes, der TA Lärm sowie die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes greifen. Die für Windkraft zur Verfügung stehende Fläche wäre allerdings erheblich größer als 1,8%.

### **Planerische Vorgehensweise**

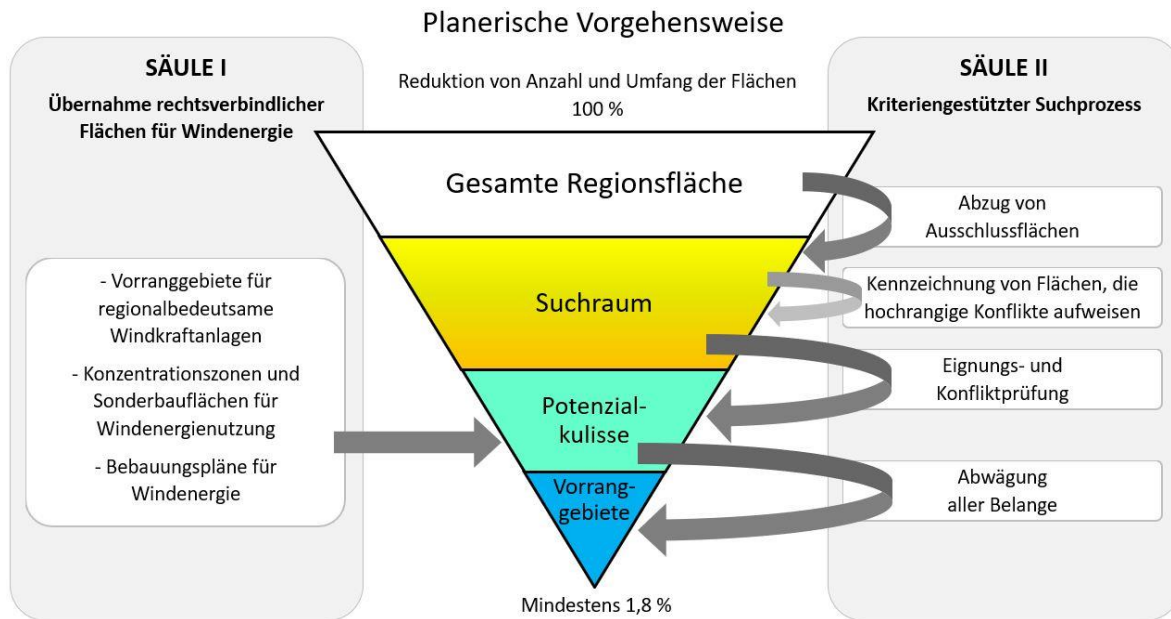
Um die Aufgabe eines planerisch gesteuerten Windenergieausbaus zu erfüllen und die Energiewende weiter voranzubringen, erarbeitet der Regionalverband aktuell seine zweite Teilfortschreibung Windenergie. In Ergänzung der bereits bestehenden regionalplanerischen Festlegungen zu Windenergie sollen weitere Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festgelegt werden. Ziel der Teilfortschreibung ist es, durch regionalplanerische Ausweisungen und Festlegungen den Ausbau der Windenergie deutlich zu beschleunigen und dadurch eine langfristig sichere und klimaneutrale Energieversorgung der Region zu erreichen. Dabei steht im Vordergrund, kurzfristig einen Zubau an geeigneten Standorten zu ermöglichen, die zugleich durch das bestehende Stromnetz gut erschlossen sind.

Im Oktober 2022 hat der Planungsausschuss den Aufstellungsbeschluss für die Teilfortschreibung Windenergie zusammen mit der [Teilfortschreibung Solarenergie](#) gefasst. Im März 2023 wurde der Verbandsversammlung ein Sachstandsbericht vorgelegt. Die jeweiligen Vorlagen dazu können von der Seite <https://www.rvhnf.de/> heruntergeladen werden:

[Vorlage Aufstellungsbeschluss](#)

[Vorlage Sachstandsbericht](#)

Der Regionalverband hat nun eine Vorgehensweise für die Ausweisung der erforderlichen Vorranggebiete erarbeitet, die aus einem Zwei-Säulen-Modell besteht. Das folgende Schaubild stellt den Ablauf und die planerische Vorgehensweise übersichtlich dar:



Bei der ersten Säule handelt es sich um die bereits in der Region vorhandenen rechtsverbindlichen Flächen, die zugunsten der Windenergie festgesetzt, dargestellt und ausgewiesen wurden. Die zweite Säule baut auf einen kriteriengestützten Suchprozess auf. In einem ersten Schritt wird durch den Abzug von Ausschlussflächen ein Suchraum bestimmt. Der Begriff „Suchraum“ ist hierbei wörtlich zu verstehen – in diesen Räumen wird nach den späteren Vorranggebieten gesucht. Aus einer Eignungs- und Konfliktprüfung wird der Suchraum zu einer Potenzialkulissee verkleinert. Die Flächen aus Säule I gehen direkt in die Potenzialkulissee ein. Aus der Potenzialkulissee werden dann durch eine weitere Verringerung die Vorranggebiete entwickelt, die das Flächenziel erfüllen müssen.

Die Größe der Flächen verringert sich somit bei jedem Schritt des Suchprozesses. Die ausgewiesenen Vorranggebiete werden also um ein Vielfaches kleiner sein als der nun vorliegende Suchraum.

### Aktueller Stand und nächste Schritte

Der Regionalverband hat aktuell das Kriterienset für den gesamten Planungsprozess erarbeitet. Auf Grundlage dieser Kriterien wurde der erste Schritt vollzogen und der Suchraum für die Region ermittelt. Da der Suchraum deutlich größer als das o.g. Flächenziel ist, kann sichergestellt werden, dass das Flächenziel wirklich erreicht werden kann.

Die wichtigsten planerischen Zielvorstellungen, deren Erreichung durch einen größeren Suchraum ebenfalls erleichtert werden, sind:

- Ein möglichst großer Abstand zu bewohnten Siedlungsflächen, der erkennbar über den als Vorsorgeabstand festgelegten Ausschlusskriterien liegt
- Die Erzeugung grünen Stroms in Nähe des Stromnetzes bzw. großer Verbraucher (z.B. großen Gewerbegebieten)

- Eine faire Verteilung des Windkraftausbaus in der Region Heilbronn-Franken, bisher steht der weit überwiegende Teil der über 280 Windkraftanlagen im Main-Tauber-Kreis und im Landkreis Schwäbisch Hall
- Die kurzfristige Flächenbereitstellung und Umsetzung, um die Gefahr von Energiemangelsituationen schnellstmöglich zu verringern
- Eine Synchronisierung mit laufenden Planungen bzw. Projektierungen

Die gesamte planerische Vorgehensweise, das Kriterienset und der ermittelte Suchraum waren Gegenstand der Sitzung der Verbandsversammlung am 14. Juli 2023. In dieser Sitzung war zudem die frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 1 ROG) Thema. Nach Beschluss der Verbandsversammlung können im Rahmen dieser Unterrichtung Stellungnahmen zum Verfahren abgegeben werden. Die Unterrichtung wird als Online-Verfahren durchgeführt, das dafür eingerichtete Portal ist vom 01.08.2023 bis zum 29.09.2023 erreichbar.

Auf der Homepage des Regionalverbandes sind umfangreiche Erläuterungen und auch Erklärvideos abrufbar. Insbesondere die Suchraumkarte ist hier von Bedeutung.

Im [Erklärvideo - Teil 1](#) wird die planerische Vorgehensweise bis zur Suchraumkarte für die Unterrichtung nach § 9 Abs. 1 ROG anhand eines fiktiven Beispiels zeichnerisch dargestellt. Einen Ausblick auf die anschließenden Planungsschritte bis zur Abgrenzung der Vorranggebiete für Windenergie enthält das [Erklärvideo - Teil 2](#).

Darüber hinaus können den [hier abrufbaren Karten](#) Informationen zu den Rahmenbedingungen für den Windenergieausbau in Heilbronn-Franken entnommen werden

Weitere Hintergrundinfos sind in den Infoschreiben, bei denen die Windenergie thematisiert wurde, enthalten:

[Info Nr. 1](#) – November 2022 (Startpunkt Teilfortschreibungen, Planungsoffensive)

[Info Nr. 3](#) – April 2023 (Neuregelungen KlimaG BW, Rechtsfolgen, Ausblick Teilfortschreibungen)

[Info Nr. 5](#) – Juli 2023 (Planerische Vorgehensweisen bei den Teilfortschreibungen, Unterrichtung als förmlicher Verfahrensschritt)

Diese Seite wird regelmäßig aktualisiert und an gesetzliche Neuregelungen bzw. an die Fortführung des Verfahrens der Teilfortschreibung Windenergie angepasst.

## II. Photovoltaik

### Übergeordnete Zielvorgaben

Der Ausbau der Photovoltaik ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Dabei haben die Regionalverbände im Land das vom Land gesetzte Mindestziel von 0,2 % der Regionsfläche für Freiflächenphotovoltaik (FFPV) bis zum 30.09.2025 festzulegen. Für Heilbronn-Franken bedeuten 0,2 % etwa 953 ha Fläche.

### Planerische Vorgehensweise

Der Planungsausschuss hat am 21. Oktober 2022 den [Aufstellungsbeschluss](#) für die [Teilfortschreibungen Windenergie](#) und Solarenergie im Zuge der Regionalen Planungsoffensive gefasst. In der Teilfortschreibung Solarenergie ist geplant, zusätzliche Flächen als Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen festzulegen. Dabei soll nicht angebotsorientiert sondern nachfrageorientiert vorgegangen werden. Grundlage stellt hierfür eine Abfrage aktuell projektierte FFPV-Anlagen dar. Neben dieser mittlerweile abgeschlossenen Abfrage aktueller Solarenergieprojekte bei Kommunen und – für privilegierte Anlagen – privaten Planungsträgern sollen auch rechtsverbindliche und in Planung befindliche Vorhaben in die Teilfortschreibung Solarenergie aufgenommen und auf Erweiterungsmöglichkeiten geprüft werden. Diese Vorgehensweise stellt sicher, dass bereits angelaufene Projekte so zeitnah wie möglich umgesetzt werden können und dass aus den im Regionalplan ausgewiesenen Flächen tatsächlich baldmöglichst grüner Strom fließen kann. Zudem soll für Solarthermieanlagen in Regionalen Grünzügen eine Ausnahmeregel eingeführt werden, um die Wärmewende zu unterstützen.

Die Teilfortschreibung Solarenergie baut auf die bisherigen Aktivitäten des Regionalverbands im Bereich FFPV auf. Durch die frühzeitige Schaffung von Ausnahmetatbeständen für FFPV im Regionalen Grünzug im Jahr 2010 und die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen geht der Ausbau der Photovoltaik in der Region gut voran. Aktuell werden zudem in der 20. Änderung des Regionalplans 180 ha weitere Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen ausgewiesen. Zudem wird im Rahmen der 20. Änderung der Ausnahmetatbestand für Anlagen im Regionalen Grünzug von 5 auf 10 ha erhöht sowie eine Ausnahme für Direktversorgung von Gewerbegebieten eingeführt.

### Aktueller Stand und nächste Schritte

Der Regionalverband wird eine Sichtung und erste grobe Bewertung der gemeldeten, geplanten und rechtskräftigen Flächen für FFPV vornehmen. Im Fokus werden dabei nicht nur

Planungsflächen stehen, die derzeit nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sind. Auch Planungen ohne regionalplanerische Restriktionen sind zur Erreichung des Flächenziels geeignet. Die Verwaltung strebt an, noch im Herbst dem Planungsausschuss eine erste Übersicht über die Flächen zu geben, die in die Teilfortschreibung Solarenergie übernommen werden könnten.

Nach § 9 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) sind die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen von der Aufstellung des Raumordnungsplans (hier der Teilfortschreibung) zu unterrichten. Dabei handelt es sich noch nicht um die spätere Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Regionalplanänderung nach § 9 (2) i.V.m. § 12 (2) und (3) Landesplanungsgesetz (LplG). Diese erfolgt erst nach Aufstellung eines Planentwurfs.

Die planerische Vorgehensweise sowie das Scoping-Papier nach § 2a LplG, in dem Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung dargestellt sind, hat die Verbandsversammlung am 14. Juli 2023 beschlossen. In dieser Sitzung war zudem die frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 1 ROG) Thema. Nach dem Beschluss der Verbandsversammlung können im Rahmen dieser Unterrichtung Stellungnahmen zum Verfahren abgegeben werden.

Die Unterrichtung wird vom 01.08.2023 bis 29.09.2023 auf dem dafür eingerichteten Portal durchgeführt.

Unterlagen für die Sitzung der Verbandsversammlung zum Herunterladen: [Vorlage + Anlage](#)

Für Hintergrundinfos verweisen wir zudem auf Infoschreiben, bei denen die Solarenergie thematisiert wurde:

[Info Nr. 1](#) – November 2022 (Startpunkt Teilfortschreibungen, Planungsoffensive)

[Info Nr. 2](#) – Januar 2023 (Privilegierung FFPV nach § 35 (1) Nr.8 BauGB)

[Info Nr. 3](#) – April 2023 (Neuregelungen KlimaG BW, Rechtsfolgen, Ausblick Teilfortschreibungen)

[Info Nr. 4](#) – Mai 2023 (Abfrage Solarenergieprojekte)

[Info Nr. 5](#) – Juli 2023 (Planerische Vorgehensweisen bei den Teilfortschreibungen, Unterrichtung als förmlicher Verfahrensschritt)

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Gemeinderat nimmt die Informationen des Regionalverbandes zur Kenntnis.**